



**Dr. Jürgen Martens**

Mitglied des Deutschen Bundestages

## Pressemitteilung

Dr. Jürgen Martens: Weg für bessere Bildung ist frei

Zwickau, 22.02.2019

**Dr. Jürgen Martens, MdB**

Wahlkreisbüro

Innere Schneeberger Straße 16

08056 Zwickau

Telefon: +49 375 46007785

juergen.martens.wk@bundestag.de

**Berliner Büro:**

Platz der Republik 1

11011 Berlin

Telefon: +49 30 227- 75418

juergen.martens@bundestag.de

Berlin/Zwickau - Der Vermittlungsausschuss von Bundestag und Bundesrat hat sich auf eine Grundgesetzänderung verständigt, die den Bildungsföderalismus in Deutschland modernisiert. Dafür hatte die Fraktion der Freien Demokraten im Deutschen Bundestag lange gekämpft. Der Bundestagsabgeordnete Dr. Jürgen Martens dazu:

„Mit der Einigung ist der Weg frei für eine bessere Zusammenarbeit von Bund und Ländern bei der Bildung. Zwar hätten wir uns noch mehr vorstellen können, aber es ist ein großer Fortschritt erzielt worden.“ Das gelte insbesondere mit Blick auf den ursprünglichen Vorschlag der Großen Koalition, der eine Minimallösung gewesen sei. „Mit der Steigerung der Leistungsfähigkeit wird erstmals eine klare Zielformulierung für Bundesgelder in das Grundgesetz geschrieben. Zudem kann der Bund künftig nicht nur in Kabel und Beton investieren, sondern auch in die Schulung von Lehrpersonal oder die Unterstützung durch IT-Spezialisten“, erklärt Martens. Auch würden die Finanzhilfen nicht mehr degressiv ausgestaltet, wodurch für die Länder Verlässlichkeit hergestellt werde. „Die FDP-Fraktion hat erreicht, dass Deutschland weltbester Bildung ein Stück näher kommt“, so Martens. Er fordert: „Die Große Koalition und allen voran Bildungsministerin Karliczek müssen jetzt zügig den Digitalpakt umsetzen und die neuen Möglichkeiten bei zukünftigen Bund-Länder-Vereinbarungen mit Leben erfüllen.“

**MdB Dr. Jürgen Martens** ist der rechtspolitische Sprecher

der FDP-Bundestagsfraktion, Mitglied im Ausschuss für Recht und Verbraucherschutz

sowie stellvertretendes Mitglied im Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union.